

Stellungnahme

Bildungsinnovation 2020 - Chancen der Digitalisierung für die Bildung nutzen

Dr. Nils Weichert, Leiter "Bildung und Wissenschaft", Wikimedia Deutschland

Wie andere Politikfelder so ist auch Bildungspolitik in hohem Maße dem Zeitgeist unterworfen: Ob frühere Einschulung, Verkürzung der Gymnasialzeit („G8-Reform“) oder Bologna-Prozess – Bildungspolitik war und ist Gegenstand politischer Planung und gleichzeitig heftiger Kontroversen. Die neuen Rahmenbedingungen des sogenannten „Digitalen Zeitalters“ haben diese Auseinandersetzungen noch einmal intensiviert: Soziale Medien oder ubiquitärer Zugang zu Informationen bieten der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts Möglichkeiten, die nie zuvor bestanden haben. Damit einhergehen neue Interdependenzen: Mit Hilfe modernster Technik wurden in den letzten Jahren weltweit neue technikbasierte Kommunikationsformen etabliert; doch deren kollektive Verfügbarkeit hat beispielsweise die Tatsache sozialer Ungleichheit nicht beseitigt. Im Gegenteil: Die Ungleichheit wurde verstärkt, weil es sich um Entwicklungen auf hohem Geschwindigkeits- und Komplexitätsniveau handelt und die Gesellschaft Gefahr läuft, sich ökonomisch-technologischen Anschlusszwängen zu ergeben. Von Bedeutung scheint vorrangig die Frage des Angeschlossenseins – und das nicht nur in Bezug auf das World Wide Web.¹

Anders als in anderen Politikfeldern kann in der Bildungspolitik noch nicht von einem „Digital Turn“ gesprochen werden; doch es sind vielfältige Tendenzen sichtbar. Gefragt wird: „Wie beeinflussen digitale Medien Erkenntnisprozesse? Lässt sich angesichts der Integration von digitalen Medien in den Hochschulalltag von einem digital turn sprechen? Wie können [...] [digitale Medien] genutzt werden, um Lehr- bzw. Lernumgebungen zu schaffen, die kritisch, kreativ und innovativ Wissensgenerierungsprozesse sowie neue Denk- und Handlungsspielräume ermöglichen und unterstützen?“² Auch der vorliegende Antrag der Fraktion der Piraten (Drucksache 16/4435) widmet sich den neuen Rahmenbedingungen und eröffnet mehrere Handlungsfelder. Im folgenden möchte ich mich

¹ Vgl. Ahrens, Daniela: Internet, Nicht-Orte und die Mikrophysik des Ortes, in: Budke, Alexandra/Kanwischer, Detlef/Pott, Andreas (Hrsg.): Internetgeographien. Beobachtungen zum Verhältnis von Internet, Raum und Gesellschaft, Stuttgart 2004, S. 163.

² Kossek, Brigitte/ Peschl, Markus F. (Hrsg.): Digital Turn? Zum Einfluss digitaler Medien auf Wissensgenerierungsprozesse von Studierenden und Hochschullehrenden, Wien 2012.

insbesondere auf das Handlungsfeld “Freie Lehr-, Lern- und Forschungsressourcen” (Open Educational Resources, kurz: OER) konzentrieren. Hier liegt eine der Schlüsselfragen zur Gestaltung der Wissensgesellschaft von heute und morgen.

Freie Lehr-, Lern- und Forschungsressourcen

Das häufigste Lehrmaterial an Schulen und Hochschulen ist heute wie vor 100 Jahren das Buch, hergestellt und vertrieben von privatwirtschaftlichen Verlagen. Der Staat bestellt (in Form von Lehrplänen) die Inhalte, die Verlage liefern. Schulen haben dann die Auswahl zwischen zwei oder drei Konkurrenzprodukten. Veränderungen an den Büchern selbst sind nicht möglich, weder urheberrechtlich noch technisch. Bevor die Onlineenzyklopädie Wikipedia entstand, gab es bei Nachschlagewerken ein vergleichbares System: Die etablierten Enzyklopädien wie der Brockhaus und die Encyclopaedia Britannica. Sie waren zuverlässig und man konnte sie in jeder Bibliothek sowie in finanziell gut ausgestatteten Haushalten finden. Doch nur etwa zehn Jahre nachdem Wikipedia zum Massenphänomen wurde, sind diese und alle anderen allgemeinen Nachschlagewerke obsolet. Wikipedia gilt als eines der erfolgreichsten Projekte der Welt – nicht zuletzt, weil der Zugang zu Wissen demokratisiert wurde. Für diesen Zugang – aber auch für die Wissenserstellung selbst – spielt neben dem partizipativen und demokratisierenden Faktor und den neuen kollaborativen Kulturtechniken vor allem die Einführung Freier Lizenzen eine wichtige Rolle. Sie machen Werke kompatibel und schaffen das Fundament für eine hybride Ökonomie, in der freies Teilen und Tauschen in Online-Communities nicht mehr antagonistisch, sondern komplementär zu neuen, kommerziellen Geschäftsmodellen steht.³

Open Educational Resources – das bedeutet im ersten Schritt nicht mehr, als dass Lehr- und Lernmaterialien unter einer Freien Lizenz stehen; im Regelfall Creative-Commons-Lizenzen CC-BY oder CC-BY-SA. Beide erlauben es, diese Materialien frei zu teilen, zu verändern, zu remixen und zu kopieren, solange man den Originalurheber nennt. Dabei kann jede Form von Material unter einer Freien Lizenz stehen, seien es Arbeitsblätter, Bücher, Videos, Apps oder Unterrichtseinheiten und Lehrszenarien. Wie bei traditionell lizenzierten Materialien hängen das erforderliche Know-How und die technische Ausstattung von den jeweiligen Materialien ab. Videos brauchen ein Abspielgerät, Apps ein Tablet oder Smartphone, Bücher nur die Fähigkeit zum Lesen und gegebenenfalls eine Lampe.

³ Vgl. Dobusch, Leonhard: Urheberrecht und die Kulturtechniken der digitalen Revolution, in: Berliner Republik, Das Debattenmagazin, 5/2010 - Hilfe, die Zukunft schrumpft!
<http://www.b-republik.de/aktuelle-ausgabe/urheberrecht-und-die-kulturtechniken-der-digitalen-revolution>

Nicht alle Open Educational Resources sind digital. Und bei weitem nicht alle digitalen Lehr- und Lernmaterialien sind Open Educational Resources. Ein Beispiel dafür sind die viel diskutierten Massive Open Online Courses (MOOCs), die - anders als der Name impliziert - in ihrer Mehrheit keine OERs sind. Denn: Die Kurse etablierter Anbieter wie Coursera, Udacity undiversity stehen unter proprietären Lizenzen. Das bedeutet, dass die Kurse zwar "open" im Sinne von kostenfreiem Zugang sind, aber keine freie Weiternutzung der Inhalte zulassen. Möchte beispielsweise ein Lehrender Teile eines MOOCs in seinen Unterricht integrieren und mit eigenen Ideen kombinieren, ist dies in der Regel nicht zulässig.

- Open Educational Resources bedeuten als erstes: Zugang für alle. Jeder Mensch kann auf freie Bildungsmaterialien zugreifen. Zugang ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Bildungsgerechtigkeit und damit die Chance eines jeden Menschen auf die Entfaltung des eigenen Potentials.
- Open Educational Resources stehen für Beteiligung an Bildungsmaterialien durch alle: Lehrende, Lernende, Eltern sowie andere interessierte Menschen. Wikipedia hat schon vor langer Zeit gezeigt: In der digitalen Welt kann Wissen auf eine neue Art und Weise erstellt, verbreitet, angeeignet und (weiter-) genutzt werden. OER sind genau wie Wikipediaartikel durch alle veränderbar.
- Open Educational Resources bedeuten, dass die Bildung allen gehört und nicht einigen wenigen. Schulbücher als derzeit wichtigste Bildungsmaterialien werden heute von Steuergeldern und von Eltern bezahlt - die Inhalte gehören aber den Verlagen. Inhalte, die mit Steuergeldern erstellt wurden, sollten aber auch der Allgemeinheit gehören.

Die Einführung von OER kann einen Innovationssprung in Bildungsbereich ermöglichen und wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis liefern. Eine Gesellschaft, die sich als Wissensgesellschaft versteht, ist gut beraten, wenn sie die Prozesse der Wissenserstellung und des Wissenstransfers konsequent öffnet und dabei möglichst viele Menschen involviert. Der freie Zugang und die Bearbeitbarkeit der Materialien erlauben die volle Nutzung - nicht zuletzt durch die technischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts. Dem stehen hochkomplexe urheberrechtliche Fragen gegenüber, denen es im Rahmen fachlicher und praxisorientierter Diskussionsprozesse zu begegnen gilt, um die kritische Auseinandersetzung mit der Gesamtthematik zu ermöglichen und das demokratisierende Potenzial Freier Lehr-, Lern- und Forschungsressourcen zu entfalten.

Im Gegensatz zu anderen Ländern (Niederlande, Polen, Großbritannien, USA etc.) wird das Thema OER in Deutschland nur sehr vereinzelt angegangen. Dabei kann sich die Bildungspolitik auf zahlreiche Initiativen stützen. Die Europäische Kommission will bereits seit längerem „Die Bildung öffnen“⁴ und die Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schulen und Hochschulen verbessern. Unterstützend zu dieser Initiative richtete sie im vergangenen Jahr die Website Open Education Europa⁵ ein, auf der Studierende, AnwenderInnen und Bildungseinrichtungen frei verwendbare Lehr- und Lernmaterialien austauschen können. Auch der Bundestag teilt grundsätzlich den Ausgangsbefund der Kommissionsinitiative. Es gilt die Potentiale neuer Technologien und digitaler Lehr- und Lernmaterialien hinsichtlich der Verbesserung von Qualität, Effizienz und Zugänglichkeit von Bildungsangeboten besser zu nutzen. Unter der Überschrift „Digitale Bildung“ widmet sich auch der Koalitionsvertrag⁶ Freien Lehr- und Lernmaterialien. Die digitale Lehrmittelfreiheit solle gemeinsam mit den Ländern verstärkt genutzt werden, Lehrmaterial solle – soweit möglich – frei zugänglich sein und die Verwendung Freier Lizenzen und Formate ausgebaut werden.

Das Innovationspotenzial von Open Educational Resources wird also bereits vielfach anerkannt, doch die Einführung und Anwendung lässt auf sich warten. Deshalb ist den Forderungen nach (1) Produktion von Lernmitteln unter freier Lizenz, (2) Umsetzung eines offenen Bildungsportals und der Forderung nach (3) Weiterbildung der Beteiligten unbedingt zuzustimmen.

Beim Thema Freie Lehr- und Lernmaterialien geht es nicht nur um die Frage, wer künftig Schulbücher und Unterrichtsmaterialien erstellt – und vor allem: was sie kosten. Es geht auch um Verbesserung von Bildungs- und Chancengerechtigkeit: Alles, womit Schülerinnen und Schüler oder Studierende lernen, soll frei zugänglich und damit kostenlos sein, jeder darf es allzeit verändern und weitergeben. Genau deswegen hält die Unesco Open Educational Resources für ein Mittel zur "Demokratisierung von Bildung" und fordert ihre Mitgliedsstaaten in der Pariser Erklärung von 2012 auf, die Erstellung und Nutzung zu fördern.⁷

Welche Fragen gilt es bei der Konkretisierung politischer Handlungsempfehlungen zur Einführung von Freien Lehr- und Lernmaterialien zu bedenken?

⁴ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11692_de.htm

⁵ <http://www.openeducationeuropa.eu/>

⁶ http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf

⁷ http://www.unesco.org/new/fileadmin/MULTIMEDIA/HQ/CI/CI/pdf/Events/oer_declaration_german_rev.pdf

1. Aufbau einer mehrstufigen Einführungsstruktur

Für die Konkretisierung von Handlungsempfehlungen ist eine erste Frage zentral: Kommt das Innovationspotential von Freien Lehr- und Lernmaterialien eher durch eine top-down- oder eine bottom-up-Strategie zum Tragen? Dem traditionellen Ansatz entspricht wohl eher die top-down-Strategie, in deren Mittelpunkt ein Soll/Ist-Vergleich von angestrebten Zielen steht, aufgrund derer die konkrete Art und Weise der Umsetzung einer bestimmten Policy verfolgt wird. Im Gegensatz dazu die bottom-up-Perspektive: Sie betont, dass die Initiierung und Durchführung neuer Ansätze gekennzeichnet ist durch komplexe Interaktionsmuster verschiedener Akteure auf unterschiedlichen Ebenen mit unterschiedlichen Prioritäten und Interessen. Während damit der Komplexität von Prozessen Rechnung getragen wird, darf nicht vernachlässigt werden, dass durch die Prozessorientierung eine Erfolgskontrolle im Sinne von Soll/Ist-Vergleichen erschwert wird.

Wie viele Beispiele zeigen, können weder Planungen mit top-down-Prinzip noch die bottom-up-Variante allein die Erfordernisse bei der Einführung neuer Themen bewältigen. Insofern ist eine Verkopplung beider Ansätzen notwendig und sinnvoll. Von vornherein sollte jedoch klar betont werden, dass der Aufbau einer mehrstufigen Einführungsstruktur und -kultur nicht nur hinreichende, sondern notwendige Bedingung ist. Da gerade Freie Lehr- und Lernmaterialien das Ziel verfolgen, die Artikulation der verschiedenen Interessen zu unterstützen – und damit bewusst Ineffektivität und Ineffizienz in Kauf nehmen, die durch langwierige Aushandlungsprozesse entstehen – ist die deutliche Herausarbeitung einzelner Prozessstufen erforderlich. Diese Stufen wären auch mit Blick auf die Be- und Aushandlungsprozesse klar zu konturieren: Wird beispielsweise ein integrierter oder sektoraler Ansatz verfolgt?

2. OER-Training, OER-Analyse und OER-Budget

Mit OER-Mainstreaming skizziert die Studie: Potentiale für Open Education in Berlin⁸ einen Ansatz, der für die Einführung Freier Lehr- und Lernmaterialien geeignete Anknüpfungspunkte liefert. Anders als sein Gleichstellungspedant kann jedoch das OER-Mainstreaming nicht auf rechtliche Grundlagen bauen, sondern muss auf Freiwilligkeit und Eigenmotivation setzen. Daher ist es von größerer Wichtigkeit, eben diese Motivationspalette – die von der Qualitäts- bis zu Kostenfrage reicht – auszudeklinieren oder zumindest für die unterschiedlichen Akteure kenntlich zu machen. Hier stellt sich allerdings erneut die Frage zur Verkopplung von top-down und bottom-up. Im Sinne einer top-down-Strategie muss das Mainstreaming immer „von oben“ gewollt sein und initiiert

⁸ Technologie Stiftung Berlin: Open Education in Berlin: Benchmark und Potentiale, Berlin 2014.
http://www.tsb-berlin.de/media/uploads/publikationen/TSB_Studie_OER.pdf

werden, gleichwohl dürfte das nicht genügen, um ausreichend Spillover-Effekte zu generieren. Gerade Freie Lehr- und Lernmaterialien offenbaren wie notwendig und folgerichtig eine Kombination mit partizipativen Elementen ist. Die Instrumente dafür können der Gleichstellungspolitik entliehen werden. Da es sich bei beiden um Querschnittsanliegen handelt, ist die Übertragung nur folgerichtig. An erster Stelle wären OER-Trainings zu nennen, in dem vor allem die Entscheidungsträger sensibilisiert und in die Grundlagen und Ansätze eingeführt werden. Die Sensibilisierung – beispielsweise in Wissenswerkstätten oder über Runde Tische – dient der ersten Auseinandersetzung mit dem Thema. Ein weiteres Element ist die verstärkte OER-Analyse, bei der es um die systematische Sichtbarmachung der aktuellen Strukturen und deren Auswirkungen in den jeweiligen Bereichen geht. Die Planung, Durchführung und Auswertung weiterer OER-Analysen ist ein weiterer Handlungsschritt zur Initiierung eines Veränderungsprozesse, der nur dann eine Erfolgchance hat, wenn es gelingt, die Aufmerksamkeit vieler Akteure auf das Thema zu lenken und für einen gemeinsamen Aufbruch zu sensibilisieren. Mit dem dritten Instrument, den OER-Budgets, könnten schließlich in allen Phasen des (haushaltpolitischen) Entscheidungsprozesses die Perspektive der Offenheit einbezogen werden. OER-Budgeting (oder am Ende sogar Open-Budgeting) kann dabei ganz unterschiedliche Formen annehmen: von der Stellungnahme zum Haushalt bis zu grundlegenden Um- und Restrukturierungsmaßnahmen.

3. OER-Förderung und OER-Netzwerke

Das transformative Potenzial des Mainstreaming-Ansatzes ist als sehr hoch einzuschätzen, es muss aber flankiert werden durch weitere Querschnittsstrategien. Dieses Vorhaben wird auch innerhalb der Szenarienvorschläge der Studie: Potentiale für Open Education in Berlin deutlich.⁹ Dabei ist die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, dass Forderungen nach querschnittspolitischer Entfaltung von Politikbereichen oder Handlungsfeldern fast inflationär geäußert werden. Ob Umwelt-, Familien- oder Gleichstellungspolitik – überall wird die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer ressortübergreifenden Einbettung betont. Für Freie Lehr- und Lernmaterialien gilt dies nicht minder und ist nicht zuletzt ein Grund, warum OER-Mainstreaming nur als Bestandteil einer umfangreicheren Strategie verstanden werden kann. Es gilt vor allem Best Practices zu fördern und sichtbar zu machen. Best Practices können als Kristallisationspunkte fungieren und sollten entsprechend übertragen werden. Aber die Sichtbarmachung über OER-Wettbewerbe oder ähnliche Formate reicht nicht aus. Es bedarf umfangreicher zivilgesellschaftlicher Pakte und Netzwerke. Erfahrungen aus anderen Politikfeldern zeigen

⁹ Vgl. ebd.

leider, dass die Leistungsfähigkeit selbstorganisierter zivilgesellschaftlicher Prozesse zumeist deutlich eingeschränkt ist. Handlungsfähigkeit, professionelle Bearbeitung von Problemen und kollektiv verbindliche Entscheidungen über größere Reichweiten erfordern in der Regel doch die intensive Beteiligung und Unterstützung formell politischer und administrativer Akteure. Insofern scheint eine Verkopplung der Kontradiktion mit den Prozessen institutionalisierter Politikstrukturen selbst notwendig.